

## Mit dem Führer über die Grenze

Der Abend eines hellen Vorfrühlingstages senkt sich über Berlin.

In den Büros in der Wilhelmstraße bemerkt man es nicht, wie die Sonne mit den letzten Strahlen ihres wärmenden, lebenverkündenden Tageslaufs die im Frühlingswind leise wehende Führerstandarte über der Reichskanzlei vergolbet. Denn zur gleichen Zeit sind atemberaubende Meldungen aus Wien eingetroffen. Die Atmosphäre weltpolitischer Entscheidungen beherrscht alle Dienststellen, die hier in der „Straße der deutschen Politik“ Mitarbeit am Tagesgeschehen zu leisten haben.

Es ist der 11. März 1938. Vor drei Tagen hat Schuschnigg in Innsbruck eine „Volksabstimmung“ angekündigt. „Ich appelliere nicht an das Gefühl, ich appelliere in erster Linie an den Verstand“ — so begründete er diesen überraschenden Plan. Die Absicht war nur zu durchsichtig. Er wollte mit einer scheinheiligen Parole — und mit Hilfe eines umfassenden Wahlschwindels (es war „Vorsorge“ getroffen, daß Mitglieder der Vaterländischen Front beliebig

oft zur Wahlurne gehen konnten, die Wahlzettel mußten offen abgegeben werden, die Möglichkeit der Abgabe von „Nein“-Stimmen war praktisch überhaupt nicht gegeben, es waren nicht einmal Wahlzettel dafür vorhanden!) den Verrat an den vor einem Monat in Berchtesgaden mit dem Führer getroffenen Vereinbarungen proklamieren. Zweieinhalb Tage sind seitdem vergangen. Tage, in denen Österreich vom Entrüstungsturm der nationalsozialistisch gesinnten Bevölkerung beherrscht wurde.

Seit zweieinhalb Tagen fühlen wir die Stunde des deutschen Österreich heranreifen.

Jetzt aber wird uns Gewißheit.

In den „Wiener Neuesten Nachrichten“ von heute früh steht ein aufrüttelnder Artikel von Dr. Jurg, der in klarer Weise den Schuschnigg'schen Wahlschwindel kennzeichnet. Er bezeichnet für die Stellungnahme der österreichischen Nationalsozialisten drei Gründe: die verfassungswidrige Tendenz der Befragungssparole, die „Friede und Arbeit gefährdende Ungesetzlichkeit der Befragungssform“ und den Mangel an Gleichberechtigung in der Durchführung der „Volksbefragung“.

Der Artikel ist zwar in gemäßigten Formen, aber in zweifelsfreier Schärfe gehalten. Man fühlt die Erregung des entscheidenden Augenblickes durch die Zeilen.

Schuschnigg hat sofort die „Wiener Neuesten Nachrichten“ beschlagnahmen lassen und durch diese Provokation neues Öl in das bereits lodernde Feuer der Erhebung gegossen.

Eine weitere Nachricht überraschte uns am Vormittag: Schuschnigg berief die Reservisten des Jahrgangs 1915 unter die Fahnen.

Die Lage wird immer kritischer. Dazwischen kommen bedrohliche Meldungen auch aus der österreichischen Provinz, wo die Behörden in ihrer Kopflosigkeit Mitglieder der früheren marxistischen Organisationen zum Kampf gegen die Nationalsozialisten bewaffnen.

Dann aber werden die Meldungen, die das Deutsche Nachrichtenbüro der Reichspressestelle in kurzen Abständen zutelefoniert, immer eindeutiger: Das Volk Österreichs erhebt sich.

Zuerst meldet sich Klagenfurt, dann folgen Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck — von überallher wird uns die Hissung von Hakenkreuzfahnen berichtet, die Geschäfte und Betriebe schließen, begeisterte Massen sammeln sich auf den Straßen.

Seit Stunden ist dabei die Lage am Ballhausplatz in Wien noch ungeklärt.

(Darüber wissen wir später Bescheid: Schon am Vormittag hatten sich die Minister Seyß-Inquart

und Glaise-Horstenau zu Schuschnigg begeben und hatten in anbetracht der Stimmung im Volke gefordert, daß die Volksabstimmung um drei Wochen verschoben und dann unter Sicherstellung eines geheimen und freien Wahlvorganges durchgeführt würde. Die beiden Minister forderten eine Entscheidung bis 14 Uhr und drohten für den Fall der Ablehnung mit ihrem Rücktritt. Schuschnigg suchte sofort sein Heil in der Verschleppungstaktik. Er setzte auf 14 Uhr eine Kabinettsitzung an, die über die Forderung entscheiden sollte. Gleichzeitig spielten die Telefondrähte nach London und Paris. Der berühmte Wiener Bürgermeister Schmitz setzte zum letzten Rettungsversuch von der Straße her an: Er begann die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Nationalsozialisten zu bewaffnen, um im Bürgerkrieg das System zu retten. Er traf des weiteren Vorbereitungen, um mit einem plötzlichen Schläge alle führenden Nationalsozialisten zu verhaften. Sein Plan wurde unseren Parteigenossen bekannt, die sofort ihren Aufenthalt in einer der Polizei unauffindbaren Wohnung nahmen und von dort aus die Aktionen weiterleiteten. Ergebnis der Kabinettsitzung war, daß Schuschnigg erklärte, er verzichte auf die Volksabstimmung, sich aber stur weigerte, die Forderung nach der geordneten Durchführung der Volksabstimmung zu er-

füllen! Einen deutlicheren Beweis für die Verlogenheit der von ihm beabsichtigten „Volksabstimmung“ konnte er nicht erbringen! Unsere Parteigenossen in Österreich, die immer mehr fühlten, wie die Stimmung im Lande auf klare Entscheidungen hintrieb, erkannten, daß nach dieser Demaskierung Schuschnigg's Rücktritt gefordert werden mußte. Diese Auffassung teilte Seyß-Inquart dem Bundeskanzler mit allem Nachdruck mit. Vor die Wahl gestellt: ordnungsgemäße Volksabstimmung oder Rücktritt, erklärte Herr Schuschnigg, daß er sich zum Rücktritt entschlossen habe. Das war etwa um 16 Uhr nachmittags. Nun aber begannen in Wirklichkeit erst die kritischen Stunden. Schuschnigg gab sein Spiel trotz allem nicht verloren. Er unternahm alles, um beim Bundespräsidenten die Ernennung Seyß-Inquarts zum Bundeskanzler zu verzögern. Gleichzeitig verhinderte er stundenlang, daß eine amtliche Nachricht über seinen Rücktritt veröffentlicht wurde. Während im ganzen Lande trotz der Ungewißheit die nationalsozialistische Bevölkerung auf den Straßen demonstrierte, wurde im Bundeskanzleramt in Wien ein seltsames Versteckspiel organisiert. Immer noch regierte der abgetretene Bundeskanzler, weil er sich im Amte befand, solange sein Nachfolger noch nicht ernannt war. Die politische Führung der österreichi-